

Dr. Judith Niehues
Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland und Europa (Thesenpapier Akademie für Politische Bildung, Tutzing)

- Was die Beurteilung der Höhe der Ungleichheit angeht, müssen Ökonomen eine Antwort schuldig bleiben. Ungleichheiten - sei es die Ungleichheit der Einkommen oder die Ungleichheit der Vermögensverteilung - als „zu hoch“ oder „angemessen“ anzusehen, bleibt letztlich eine Frage der normativen Bewertung durch die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger. Aufgabe der Ökonomie und speziell der Verteilungsforschung kann es nur sein, die Höhe der Ungleichheit zu messen, einzuordnen, die Ursachen zu beleuchten und die Auswirkungen möglicher Maßnahmen zu erforschen.
- Bei der Entwicklung der Einkommensungleichheit und der relativen Einkommensarmut im Zeitablauf lässt sich seit etwa 2005 eine Trendwende erkennen: Nachdem sich Ungleichheit und Armutsgefährdung im Zeitraum um die Jahrtausendwende erhöht haben, kennzeichnen sich die Verteilungsmaße seither vor allem durch eine sehr konstante Entwicklung.
- Dass die Armutsgefährdungsquote trotz Wirtschaftswachstum und geringerer Arbeitslosigkeit nicht sinkt, bedeutet nicht, dass die unteren Einkommen nicht vom Wachstum profitieren. Bei einer stabilen Armutsgefährdungsquote profitieren die Einkommensarmen in gleicher Weise vom Wirtschaftswachstum wie die mittleren Einkommensbereiche.
- Ordnet man das Niveau der Einkommensungleichheit und der relativen Armut international ein, dann ist ein Ergebnis sehr robust: Im Vergleich mit den Ländern der EU und der OECD ist Deutschland zwar kein Land mit einer ausgeprägt niedrigen Ungleichheit, erweist sich aber als etwas egalitärer als der EU- oder der OECD-Durchschnitt. Betrachtet man anstatt der relativen Armut Maße der materiellen Entbehrung, dann liegt Deutschland im oberen Drittel der EU-Länder.
- Die Vermögen sind ungleicher verteilt als die Einkommen. Die Konzentration der Vermögen bei den Reichen hat sich zwischen 2002 und 2012 (die Vermögen wurden im Sozio-ökonomischen Panel nur 2002, 2007 und 2012 abgefragt) aber nicht erhöht – auch dann nicht, wenn mit Hilfe der Forbes Liste die nicht in den Befragungsdaten enthaltenen Top-Vermögen hinzugeschätzt werden.
- Gemäß einer Studie der EZB ist die Vermögensungleichheit in Deutschland im Vergleich der Euroländer besonders hoch. Ohne Einordnung in den spezifischen Länderkontext lassen sich die internationalen Vermögensunterschiede aber kaum bewerten. Die gesetzlichen Altersvorsorgevermögen sind bei Vergleichen der Vermögensungleichheit beispielsweise nicht berücksichtigt. Im europäischen Vergleich fallen die Vermögen des unteren Viertels der Bevölkerung geringer aus, je höher die Sozialausgaben des Staates.
- Einigkeit herrscht in der Verteilungsforschung darüber, dass die Mittelschicht – auch bei unterschiedlichen Abgrenzungskriterien – die größte Bevölkerungsschicht in Deutschland darstellt. Befragt man dagegen die deutsche Bevölkerung zeigen sich andere Verteilungsvorstellungen: Die Mehrheit der Deutschen, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, sind der Überzeugung die Gesellschaft gleiche einer

Pyramide, mit dem Großteil der Bevölkerung im unteren Bereich der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Ungleichheit wird somit überschätzt.

- Daraus folgt nicht zwangsläufig, dass die momentanen Verteilungsverhältnisse als gerecht akzeptiert werden müssen. Am unteren Ende der Einkommensskala, also dort wo Ungleichheit am leidvollsten erfahren wird, stehen vor allem diejenigen, deren Entfaltungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt begrenzt sind: neben Alleinstehenden sind vor allem Personen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Arbeitslose armutsgefährdet.
- Wichtig sind daher besonders Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Eine vielversprechende Möglichkeit ist die Reduktion der Transferentzugsrate bei der Ausgestaltung des ALG II: Gegenwärtig ist eine geringfügige Beschäftigung plus ALG II oft die lukrativste Option. Vollzeitbeschäftigung oder zumindest längere Teilzeittätigkeiten könnten beispielsweise attraktiver werden, in dem man Verdienste aus Minijobs stärker belastet und im Gegenzug Jobs mit höherem Verdienst prozentual entlastet.
- Mit mehr qualifizierter Ganztagsbetreuung nicht zuletzt für Kleinkinder könnte besonders Alleinerziehenden geholfen werden, Familie und Beruf besser zu verbinden. Gleichzeitig würden sich für Kinder aus bildungsfernen Schichten beziehungsweise mit Migrationshintergrund (bei zusätzlicher Sprachförderung) die Startchancen verbessern.
- Besonders vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen sind die oben genannten Maßnahmen - Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem - von zentraler Bedeutung.